



Erklärung der NRW-Allianz für die Krankenhäuser

Krankenhäuser in Not: Höchste Zeit zu handeln

Der Bund muss Schieflage der Krankenhäuser durch inflationsbedingte Kostensteigerungen und notwendige Tarifierhöhungen verhindern

Düsseldorf, 20. September 2023 – Die NRW-Allianz für die Krankenhäuser stuft die wirtschaftliche Entwicklung der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser als Folge der anhaltenden Inflation und einer finanziell noch ungedeckten Tarifsteigerung im Jahr 2024 als sehr besorgniserregend ein. Sie fordert von der Bundesregierung eine nachhaltige Sicherung der Krankenhäuser. Das setzt sowohl einen ausreichenden Inflationsausgleich als auch die vollständige Finanzierung der vereinbarten Tarifsteigerungen im Jahr 2024 von rund zehn Prozent voraus. Die Krankenhäuser müssen wirtschaftlich stabil sein, damit eine notwendige Krankenhausreform überhaupt funktionieren kann.

Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen sind eine sichere Säule der Daseinsvorsorge. Doch jetzt sind sie selbst in Not! Die wirtschaftliche Lage in den allermeisten Krankenhäusern ist dramatisch. Extreme Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen und die fehlende Refinanzierung inflationsbedingter Personal- und Sachkostensteigerungen stellen die Krankenhäuser vor extreme Herausforderungen.

Die tatsächlichen Kostenentwicklungen werden unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung nicht ansatzweise sachgerecht abgebildet. Das trägerübergreifende Risiko für Insolvenzen von Krankenhäusern steigt deshalb stetig.

Die NRW-Allianz für die Krankenhäuser fordert deshalb die Bundesregierung auf, schnellstmöglich die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Krankenkassen im nächsten Jahr die tatsächliche Betriebskostensteigerung vergüten können.

Konkret fordert die NRW-Allianz für die Krankenhäuser:

- Dauerhafter Inflationsausgleich
Die Krankenhäuser kämpfen mit massiven inflationsbedingten Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich. Diese gehen über die zugesagten Energiehilfen weit hinaus und werden nach geltender Rechtslage nicht gegenfinanziert. Die Krankenhäuser benötigen deshalb ab dem Jahr 2024 einen dauerhaften Inflationsausgleich.
- Dauerhafte Finanzierung der Tarifsteigerung
Ab dem Jahr 2024 muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die Tarifsteigerung vollständig über das bestehende Finanzierungssystem erstattet wird. Aktuell müssen die Krankenhäuser einen maßgeblichen Teil der tarifbedingten Personalkostensteigerungen selbst tragen. Personalkostensteigerungen, die über der Vergütungsobergrenze liegen, werden – mit Ausnahme des Personals im Pflegebudget – im besten Fall zur Hälfte von den Krankenkassen finanziert. Das dadurch entstehende Defizit müsste durch Einsparungen der Krankenhäuser aufgefangen werden. Dies ist schlicht nicht möglich und – vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels – auch nicht sinnvoll. Es ist an der Zeit, dass Tarifkostensteigerungen für alle Mitarbeitenden der Krankenhäuser vollumfänglich finanziert werden.

Die NRW-Allianz für die Krankenhäuser erwartet, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung für die Finanzierung der Betriebskosten annimmt und in konkreten Gesetzesvorhaben umsetzt.